

## Gossenberger trauen dem Frieden nicht

Die Sorge vor einem Verkehrslandeplatz am Ulrichstock ist nicht aus der Welt. Das wird beim Gottesdienst deutlich.

Von Michael Stelzner

**Gossenberg** – Die Gossenberger glauben noch nicht so richtig daran, dass es sich mit dem Verkehrslandeplatz am Ulrichstock erledigt hat. Anlass sind Äußerungen bei der Sitzung des Coburger Stadtrates (NP vom 29. September), wonach die Anfang September von Staatskanzleichef Marcel Huber ins Spiel gebrachte Kombilösung Brandensteinebene und Bamberg-Breitenaunur ein Interim sei. Deshalb wurde ein Gottesdienst am Tag der Deutschen Einheit am Ulrichstock gefeiert, der vor Kurzem als Alternativlösung zu Neida im Gespräch war. Wegen der Witterung wurde er in die Maschinenhalle Wachsmann verlagert, die bei einem eventuellen Bau weichen müsste. Im Gottesdienst, der als Thema die „Schöpfung Gottes“ hatte und vom Posaunenchor musikalisch umrahmt wurde, rief Pfarrer Eckhart Kollmer Gegner und Befürworter des Verkehrslandeplatzes auf, friedlich und menschlich miteinander umzugehen und die „Schöpfung Gottes“ zu achten. Am Ulrichstock, gleich neben einer Sitzbank, wurde bereits vor zehn Jahren ein Engel als Mahnmal aufgestellt, der jedes Jahr zu Pfingsten mit neuen bunten Bändern als Zeichen des Protestes geschmückt wird. Auch beim Gottesdienst am Dienstag wurden bunte Bänder ausgeteilt. Viele nutzten die Gelegenheit und befestigten sie zum Zeichen des Protestes an dem Engel.



Mit bunten Bändern, die an einem Engel befestigt wurden, sprachen sich die Besucher gegen den Verkehrslandeplatz aus. Foto: Michael Stelzner

## Kinder entdecken den Friedhof

**Coburg** – Ein Volkshochschulkurs, bei dem Kinder zwischen vier und sieben Jahren den Coburger Friedhof besuchen, mag ungewöhnlich erscheinen. Dennoch ist ein Spaziergang dort unter kindgerechter Führung sicher eine gute Gelegenheit, Mädchen und Jungen an das schwierige Thema Tod heranzuführen. Denn das Thema Sterben ist häufig auch schon für die Kleinsten Teil des Lebens – etwa wenn ein Großeltern teil verstorben ist.

Barbara Brüning-Wolter vom Hospizverein Coburg wird am Montag, 9. Oktober, ab 14.30 Uhr auf dem Friedhof am Glockenberg altersgerechte Geschichten zum Thema Sterben erzählen und Fragen zum Umgang mit Trauer beantworten. Ergänzend wird Stefan Albert von der Friedhofsverwaltung bei dem einhalbstündigen Spaziergang auch allgemein etwas über den Friedhof berichten. Bei der Veranstaltung soll stets ein Erwachsener das Kind begleiten. Dieses Angebot ist Teil der Veranstaltungsreihe „Wissensreise“. Anmeldungen nimmt die Volkshochschule unter der Rufnummer 09561/88250 oder online unter [www.vhs-coburg.de](http://www.vhs-coburg.de) entgegen.



## Stromtrassen-Delegation gerät in heftigen Sturm

Das hätte böse ins Auge gehen können: Auf der Rückreise von Berlin ist eine Delegation von Stadt und Landkreis Coburg bei Dessau in einen heftigen Sturm geraten. Unmittelbar vor dem Bus riss es einen Baum auf die Autobahn. Stamm und Äste blockierten zwei von drei Fahrstreifen (Bild). „Gott sei Dank ist nichts weiter passiert“, sagte Landrat Michael Busch der *Neuen Presse* am

Telefon. Der Vorfall muss sich ereignet haben, kurz bevor der Bus die Stelle passierte. Busch war am Mittwoch zusammen mit zwölf Bürgermeistern des Landkreises und weiteren kommunalen Vertretern in der Hauptstadt, um dort an Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries über 13 000 Protest-Flyer gegen weitere Stromtrassen im Coburger Land zu überreichen (Bericht folgt).

# SPD will mehr Geld für Bildung

Anlässlich des Weltlehrertags plädieren die Kreisverbände für ein Umdenken in der Politik. Schulen wie die in Scheuerfeld und Gemünda sollen bleiben.

**Coburg** – Die SPD in Stadt und Landkreis Coburg fordert anlässlich des gestrigen Internationalen Weltlehrertages den Erhalt kleiner Schulen und ein Umdenken in der bayerischen Bildungspolitik. Wie es in einer von Stefan Sauertheig (Vorsitzender Stadtverband Coburg) und Carsten Höllein (Vorsitzender Kreisverband Coburg-Land) unterzeichneten Presseerklärung heißt, wolle man den Tag nutzen, um auf die bestehenden Mängel hinzuweisen, die besonders in den oberfränkischen Regionen mit negativen Folgen für die Zukunft von Stadt und Landkreis Coburg verbunden sind. „Angesichts der alljährlich wiederkehrenden

Zahlen arbeitssuchender Lehrer muss diese nämlich eher als Produzent prekärer Beschäftigungsverhältnisse bezeichnet werden“, heißt es. So meldeten sich im Juli 2017 erneut zirka 2000 Lehrkräfte arbeitssuchend. Ihre Aussicht auf eine Planstelle nach dem Ende der Sommerferien sei angesichts der seit Jahren sinkenden Einstellungszahlen immer geringer. „Falls doch Stellen geschaffen werden, so sind dies oft befristete Arbeitsverträge, bei denen die Sommerferien auch noch ausklammert werden und damit zwangsläufig der Gang zum Arbeitsamt nötig ist“, bemängeln Sauertheig und Höllein.

Lehrerengpässe würden auch in Coburg zum Problem. Als Beispiel wird die Verlagerung von 45 Schülern der Grundschule Creidlitz an die Pestalozzi-Grundschule genannt, weil Lehrerausfälle im vergangenen Schuljahr nicht anders kompensiert werden konnten. „Zwar rühmt sich die Staatsregierung mit der Bereit-

stellung mobiler Reserven. Diese sind jedoch bereits zu einem frühen Zeitpunkt im Schuljahr ausgeschöpft.“

Ein weiteres Beispiel sei die Grundschule in Gemünda. „Aufgrund rückläufiger Schülerzahlen und unzureichender Lehrerverzweigung waren Schulamt und Schulleitung gezwungen, Kombiklassen für die erste und zweite Jahrgangsstufe zu bilden. Da dies bildungspolitisches Neuland war, beschloss der Schulleiter die Kombiklasse nach Seßlach zu verlagern. Zwar ist die Schule in Gemünda offiziell nicht geschlossen, es gilt jedoch kritisch zu hinterfragen, ob jemals wieder Kinder dorthin zurückkehren“, heißt es in der Mitteilung. Die Anforderungen an Schule befänden sich im Wandel. Die Stadt Coburg rüste sich dagegen seit geraumer Zeit für die anstehenden Aufgaben, zum Beispiel durch die Planung eines Bildungshauses. „Der Erhalt kleiner Stadtteilschulen ist wichtig für das gesellschaftliche Ge-

füge einer Stadt und seiner Ortsteile“, betonen Stefan Sauertheig und Carsten Höllein. „Stadtteilschulen erhalten das Leben in den Ortsteilen aufrecht, machen die Stadtteile attraktiv für junge Familien und Betriebe und sorgen auch für ein aktives Vereinsleben. Dort wo Schulen sind, da ist der Ort lebendig.“

Analog zur Forderung des Erhalts kleiner Schulen auf dem flachen Land werben die SPD-Kreisverbände beim Freistaat und der CSU-Staatsregierung dafür, kleine Stadtteilschulen von der Streichliste zu nehmen und deren Sanierung und Weiterentwicklung in pädagogischer Hinsicht auch unter finanziellen Gesichtspunkten deutlich großzügiger zu unterstützen. „Eine neue Politik der Förderung von Kommunen zum Erhalt von Stadtteilschulen könnte insbesondere in Scheuerfeld zum Tragen kommen, wo erheblicher Sanierungsbedarf besteht. Auch hier gelte: „Die Schule hält Scheuerfeld lebendig und attraktiv.“ sw

## 5000 Krokusse warten auf fleißige Pflanzler

**Bad Rodach** – Am kommenden Sonntag findet das alljährliche Krokuspflanzen im Bad Rodacher Wallgraben, gleich bei der Holzbrücke, statt. Auch diesmal sind kleine und große Pflanzhelfer zum Anpacken und Mitbuddeln eingeladen, damit im Oktober gepflanzt wird, was im Frühjahr des Folgejahres prächtig aufblühen soll. Das Stadtmarketing-Netzwerk „Bad Rodach begeistert“ trage damit erneut dazu bei, dass Bad

Rodach weiter aufblühe, stellte Vorstandssprecher Lars Otto fest und bittet, Spaten und Handschuhe mitzubringen.

Bereits ab 10 Uhr sind alle Bürger und Gäste zum Gottesdienst im Wallgraben eingeladen. Bei schlechtem Wetter wird der Gottesdienst in die St.Johannis-Kirche verlegt. Im Anschluss sorgt das Trio „Jazz Discount“ für Unterhaltung beim Pflanzen. Um diese Aktion dauerhaft

fortsetzen zu können, ist das Netzwerk für jede Spende dankbar – denn grundsätzlich werden die 5000 Krokuszwiebeln kostenlos zur Pflanzung im Wallgraben verteilt. Dafür nimmt jeder Spender an einer Verlosung teil und kann mit etwas Glück einen der vielen attraktiven Preise aus Bad Rodach und Umgebung gewinnen.

Außerdem öffnet am Sonntag das Mehrgenerationenhaus der AWO von 12 bis 16 Uhr seine Türen.



Am Sonntag werden 5000 Krokusse im Wallgraben gepflanzt.

## Weidhausen forciert Wohnungsbau

Der Gemeinderat macht den Weg frei. In der „Mühlleite“ werden zwölf Baurechte ausgewiesen.

Von Lothar Weidner

**Weidhausen** – Zwölf neue Baurechte wird die Gemeinde Weidhausen schaffen. Da sie sich zu einer Wohnortgemeinde etablieren möchte, wie sich Bürgermeister Markus Mönch anlässlich der Gemeinderatsitzung äußerte, wird der Bebauungsplan „Mühlleite“ auf den Weg gebracht. Das Gremium nahm den Vorentwurf des Bebauungsplanes zur Kenntnis und beauftragte die Verwaltung, die Planungen fortzuführen. Ferner wurde festgelegt, dass im

Haushaltsplan 2018 für die Erschließung im 1. Bauabschnitt 520 000 Euro einzuplanen sind. Laut Markus Mönch sind im derzeitigen Baugebiet „Süd I“ nur noch drei gemeindeeigene Grundstücke verfügbar, so dass Handlungsbedarf besteht, um weiteren Wohnraum zu schaffen. Bis auf einen Grundstückseigentümer ist eine Verkaufsbereitschaft der benötigten Bauflächen vorhanden.

„In der Jugendarbeit sind wir gut aufgestellt und einen Schritt weitergekommen“, war der Kommentar des Bürgermeisters über den Bericht der Jugendpflegerin Katharina Molner, die seit gut einem Jahr erfolgreich in der Gemeinde wirkt. Das Fe-

rienprogramm, das an 32 Ferientagen angeboten wurde, brachte insgesamt 161 Teilnehmer. Finanziell hat es sich selbst getragen, denn es wurde ein geringer Überschuss erzielt. Ferner gab es den Kinderfasching, die

Teilnahme an der 725-Jahr-Feier Trübenbachs, das Kinderkino, eine Lebensweltanalyse, eine Schnitzeljagd und Kinderschminken.

Zu ihren Aufgaben zählte Molner unter anderem die Planung und Ausführung der Ferienbetreuung, die Suche nach Kooperationspartnern, die Layoutgestaltung des Ferienheftes des Landkreises und Teilnehmerbriefe. Das größte Projekt war die Umgestaltung des Jugendzentrums. Auf

Unverständnis stieß die Tatsache, dass die Stelle des Kreisjugendpflegers im Landratsamt Coburg aktuell nicht besetzt worden ist.

„Als ob die Gemeinden nicht genug Arbeit hätten“, meinte Mönch zur erneuten Stellungnahme der Gemeinde zum Netzentwicklungsplan 2030 im Rahmen des Konsultationsverfahrens. Die Gemeinde lehnte beschlussmäßig diesen Plan ab, insbesondere die Trassen P 44 durch den östlichen Landkreis und die HGÜ-Verbindung DC 5 in allen Szenarien.

In der Begründung verweisen die Gemeinderäte auf die allgemeine Betroffenheit aufgrund der zahlreichen Verkehrsprojekte durch den Landkreis, auf den Eingriff in die Planungshoheit der Gemeinde und in das Schutzgut Mensch und Landschaftsbild. dd

## Überfall-Opfer akzeptiert keine Entschuldigung

Der Mann leidet noch unter den Folgen der Tat. Diese könnte womöglich auch eine terroristische Dimension haben.

**Kronach/Lichtenfels** – Am Mittwoch ist der Prozess gegen zwei Männer und eine Frau fortgesetzt worden, die im Oktober einen Kleinunternehmer aus dem Landkreis Lichtenfels brutal überfallen haben sollen. Ein 24 und ein 23 Jahre alter syrischer Asylbewerber sowie eine 53-jährige Frau, alle aus dem Landkreis Lichtenfels, müssen sich seit vergangener Woche vor der Strafkammer des Coburger Landgerichts verantworten. (die NP berichtete). Der 24-jährige Hauptangeklagte war damals stundenweise bei dem Geschädigten beschäftigt. Er soll sich am Tag in das Schlafzimmer des 68-Jährigen geschlichen, ihn dort gefesselt und dann bestohlen haben. Die Beute: rund 14 000 Euro. Die 53-Jährige soll Fahrdienste nach dem Überfall übernommen haben.

Das Gericht muss klären, welche Rollen die Beteiligten genau hatten. Außerdem könnte die Straftat auch einen terroristischen Hintergrund haben. Die Anklage wird vertreten durch die Staatsanwaltschaft Bamberg, da diese unter anderem auch für die Staatsicherheit zuständig ist.

Zum Prozessauftakt informierte der Hauptangeklagte das Gericht darüber, dass er in Deutschland eine Ausbildung zum Flugzeugbauer machen wollte. Wie er schlussendlich beim Geschädigten zu arbeiten anfing, erklärte der 68-Jährige. Der 24-Jährige habe damals bei ihm ständig um Arbeit „gebettelt“. „Er hat sich eingeschmeichelt, dann habe ich ihn geringfügig eingestellt. Ich dachte, er wäre ein guter Kerl.“ Unter anderem habe er auch in seiner Wohnung gearbeitet. „Er hat sich komplett ausgekannt.“ Als er sich am Tag schlafen legen wollte, sei er dann von dem voll maskierten Angeklagten niedergeschlagen und gefesselt worden.

„Es war eine schlimme Zeit. Ich dachte, sie würden mich erschlagen.“  
Das Überfall-Opfer

Nachdem er ins Wohnzimmer geschleppt worden war, habe er dort etwa eine Stunde gelegen, das Gesicht in ein Kissen gepresst. „Ich hatte das Gefühl, es sind zwei Personen in der Wohnung.“ Manchmal sei er in dieser Zeit von ihnen auch hin und wieder leicht getreten worden. „Es war eine schlimme Zeit, ich habe nichts gemacht, ich dachte, sie würden mich erschlagen.“ Als die Täter die Wohnung verlassen hätten, habe er versucht, die Polizei über das Festnetztelefon zu alarmieren, doch der Anschluss habe nicht mehr funktioniert, nur noch sein Handy. Später habe er festgestellt, dass der Sicherungskasten von den Tätern manipuliert worden war. Nach der Festnahme der Angeklagten habe er sich noch immer verfolgt gefühlt, deshalb habe er Kameras am Gebäude installiert. Nach heute leide er unter Angstzuständen. Als sich am Mittwoch die Angeklagten im Gerichtssaal bei dem Unternehmer entschuldigen wollten, lehnte dieser ab: „Für mich gibt es keine Entschuldigung. Es war alles geplant, wie kann man so etwas machen. Ich muss jetzt damit leben. Sie sind gefährlich für mich.“

Polizeibeamte schilderten, wie sie damals den 23-Jährigen und die 54-Jährige mit einem Teil der Beute, der Maske und Tatwerkzeugen auf der B 173 bei Hochstadt stellten. Die Frau sei aufgrund ihres auffälligen Fahrverhaltens in den Fokus der Polizisten geraten. Beide hätten sie dann zur Wohnung des 24-jährigen Hauptangeklagten geführt, in der dieser sich bereits aufhielt. Bei der Wohnungsdurchsuchung sei nicht nur der Großteil der Beute gefunden worden. Versteckt in einem Schrank kamen auch Flugzeugpläne mit arabischen Schriftzeichen zum Vorschein. dd

Die Verhandlung soll am 9. Oktober fortgesetzt werden.